

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MASSLOSEN

ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss, Postfach 1759, 3001 Bern, Tel. 031/44 23 64

An die Redaktionen der
Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

3001 Bern, den 5.9.1984/XI

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Tagen haben die Kernkraftwerkgegner immer wieder versucht, die Schweizer Kernanlagen für das Waldsterben verantwortlich zu machen. Unser Aktionskomitee weist diese haltlosen Unterstellungen mit allem Nachdruck zurück. Die Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität und die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen haben mit ihren Radioaktivitätsmessungen klar belegt, dass heute die Radioaktivität in Luft, Niederschlag, Boden, Gras, Milch, Getreide usw. in der Umgebung der Kernanlagen zur Strahlendosis von Menschen, Tieren und Pflanzen praktisch nichts beiträgt. Die Bestätigung durch die Bundesorgane ist diesem Presseedienst beigelegt.

Im übrigen finden Sie in unserer 11. Ausgabe einen Beitrag von SVP-Nationalrat Bernhard Müller, einen Artikel von Dr. h.c. Hermann Böschenstein zum Thema "Die Linke und die Kernenergie" sowie weitere Texte zur freien Verwendung.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZ. AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss



Dr. Peter Frei, Pressechef

Beilagen: erwähnt

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Kernkraftwerke sind nicht für Waldsterben verantwortlich

Da in letzter Zeit öfters das Waldsterben in der Umgebung der Kernanlagen mit den Radioaktivitätsabgaben aus diesen Anlagen in Verbindung gebracht wurde, haben die Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität und die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen am 28. August die folgende Stellungnahme abgegeben:

Die radioaktiven Abgaben der Schweizer Kernanlagen kommen als Ursache des Waldsterbens nicht in Frage.

Dies schliessen KUER (Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) und HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) aus ihren Radioaktivitätsmessungen.

Die Resultate zeigen, dass heute die Radioaktivität in Luft, Niederschlag, Boden, Gras, Milch, Getreide usw. in der Umgebung der Kernanlagen zur Strahlendosis von Menschen, Tieren und Pflanzen praktisch nichts beiträgt.

Eine Erhöhung der Kohlenstoff-14-Konzentration wurde in Buchenblättern in der Umgebung der Kernanlagen Mühleberg und Beznau/EIR festgestellt. Diese Erhöhung wurde nur bis in Entfernungen von einigen Kilometern nachgewiesen. Kohlenstoff-14 (C-14) ist ein radioaktives Nuklid des Kohlenstoffs. Das durch die kosmische Strahlung natürlicherweise erzeugte C-14 trägt zur natürlichen Strahlendosis von Mensch und Pflanzen nur ca. 1 Prozent bei. Die bisher gemessenen Erhöhungen von C-14 um Kernanlagen betragen maximal ca. 15 Prozent des natürlichen C-14-Pegels in Pflanzen. Die dadurch bewirkte zusätzliche Strahlendosis von höchstens 2 Promille der natürlichen Dosis fällt daher nicht ins Gewicht. Ueberdies ist zu bemerken, dass die Kernwaffenversuche der sechziger Jahre in der Atmosphäre eine Verdoppelung des natürlichen C-14-Pegels bewirkten. Diese Erhöhung hat seither abgenommen und beträgt heute noch ca. 25 Prozent des natürlichen Pegels.

Auch für die übrigen aus Kernanlagen an die Atmosphäre abgegebenen Radionuklide gilt, dass die durch sie bewirkte Strahlendosis in der Umgebung kleiner ist als die örtlichen und zeitlichen Unterschiede der natürlichen Strahlendosis und erst recht kleiner als diese selbst.

Die radioaktiven Abgaben der Kernanlagen können deshalb zum Waldsterben weder in der näheren noch in der weiteren Umgebung der Anlagen beitragen.

Eidgenössische Volksabstimmung vom 23. September über die Energie-Initiativen

Wirre und widersprüchliche Zukunftsvorstellungen - zweimal Nein zu den beiden Energie-Initiativen.

von Nationalrat Dr. Bernhard Müller (SVP), Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern

Der Stromverbrauch in unserem Land steigt. Dies nicht zuletzt infolge der mehr oder weniger konsequent verfolgten Substitutionspolitik, d.h. möglichst weg vom auslandabhängigen und umweltbelastenden Öl. Nach dem Willen der Initianten soll nun aber nicht nur auf jede zusätzliche Stromproduktion, sondern auch noch auf gegen 40 % der bisherigen Stromerzeugung verzichtet werden, welche nach der Inbetriebnahme von Leibstadt aus den schweizerischen Kernkraftwerken stammt.

Wenn die Initianten als Alternative neuerdings Stromimporte aus Frankreich empfehlen, so lassen sie damit Konsequenz vermissen, wird doch gerade dieser Strom in Kernkraftwerken nahe der Schweizergrenze produziert. Eine Importabhängigkeit beim Strom ist besonders verhängnisvoll, weil keine Lagermöglichkeiten bestehen und Zufuhren deshalb jederzeit - auch zum Beispiel infolge von Streiks - ausfallen können.

Auch der Titel der zweiten Initiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" ist irreführend. Diese Initiative würde nämlich keineswegs zu einer sicheren Energieversorgung führen. So unterbindet sie bis zum Inkrafttreten der Ausführungsgesetzgebungen von Bund und Kantonen die Erstellung neuer Kraftwerke von mehr als 35 Megawatt (MW). Während dieser Zeit - sie kann länger als 10 Jahre dauern - wäre ein Ausbau der Stromversorgung unter anderem bei bestehenden Werken blockiert. Der Verfassungsartikel dieser Initiative enthält nicht nur sensationelle 63 Zeilen, sondern spricht dem Bund eine Vielzahl neuer Kompetenzen zu, die er nach Schätzung des Bundesrates nur mit 850 bis 1'500 zusätzlichen Beamten vollziehen könnte. Vor allem würden beim Bürger grosse finanzielle Mittel abgeschöpft und wieder unter sie verteilt, ohne dass gewährleistet wäre, dass sie einen massgeblichen Beitrag zur sparsameren Energienutzung leisten würden. Die Initianten geben diese Schwäche auch zu.

Völlig wirr wirkt die energische Förderung des öffentlichen Verkehrs dann, wenn die Initianten gleichzeitig die sichere Stromversorgung unseres Landes verhindern wollen. Schon heute beziehen unsere Bahnen, Strassenbahnen und Trolleybusse rund 25 % ihres Stromes aus Kernkraftwerken.

Die Initianten sprechen dauernd von Umweltschutz, wollen aber u.a. das elektrische Heizen verbieten. Offenbar geht es dabei vielmehr um die Aversion gegenüber der Kernenergie als um Umweltschutz.

Schliesslich wollen die Initianten auf Oel und Strom eine Steuer erheben und damit lenkenden Einfluss auf die Verbrauchsgewohnheiten des Bürgers nehmen. Als Zückerchen will man zwar beim Einzelnen einen bestimmten Energiegrundverbrauch steuerfrei lassen, während die Wirtschaft vollumfänglich zu besteuern wäre. Dies würde zu einer erheblichen Verteuerung der Produkte und damit zu einer zusätzlichen Benachteiligung im internationalen Konkurrenzkampf führen. Absatzschwierigkeiten und Beschäftigungsprobleme, die uns ohnehin schwer zu schaffen machen, wären die unausweichliche Folge.

Die Initianten bezeichnen die beiden Initiativen richtigerweise als Zwillinge. Durch den von ihnen vorgezeichneten Weg würde die Energieversorgung jedoch unsicherer, weniger sparsam, weniger umweltgerecht und unwirtschaftlicher. Unsicherer, weil die Zunahme des Elektrizitätskonsums nicht mehr gedeckt werden könnte. Weniger sparsam, weil zum Sparen von Energie für die Steuerung und Zündung, für die Regel- und Haustechnik, für den Betrieb von Wärmepumpen und Sonnenkollektoren mehr und nicht weniger elektrischer Strom gebraucht wird. Mit der Kampfansage an die Kernenergie und damit an die Elektrizität soll ausgerechnet einer Energieform der Garaus gemacht werden, die das Rückgrat der schweizerischen industriellen Produktion bildet, universell anwendbar und für die Oelsubstitution geeignet ist. Weniger umweltgerecht, weil die ökologisch unbedenklichere Kernenergie ausgemerzt würde. Unwirtschaftlicher, weil eben diese Kernenergie aus dem schweizerischen Markt eliminiert würde. Damit würde die Stromversorgung knapp und teuer.

Die beiden Initiativen müssen aus diesen Gründen abgelehnt werden.

5.9.84, XI.

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Die Linke und die Kernenergie

Von Dr. h.c. Hermann Böschenstein

Die Erklärung der 30 prominenten aktiven und ehemaligen SP-Träger von öffentlicher Verantwortung für die Kernenergie und gegen die Zwillingssinitiativen war eigentlich längst fällig gewesen. Denn die ganze Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung war von jeher auf den technischen Fortschritt ausgerichtet. Man erinnere sich etwa des wohl prominentesten Sozialdemokraten der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, Robert Grimm. Nicht zufällig war er Direktor der Industriellen Betriebe der Bundesstadt, Baudirektor des Kantons Bern, Direktor der Lötschbergbahn und vor allem in der Kriegswirtschaft der unbestritten glänzende Betreuer der wichtigen Sektion Kraft und Wärme. Ähnlich hat sich der ehemalige Chef des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, als Bundesrat Willi Spühler, frühzeitig für die neue Energie eingesetzt. In weiten Kreisen der Partei und der Gewerkschaften, die ja eine der beiden Initiativen zu unterstützen ablehnte, herrschte seit langem ein spürbares Malaise über die parteioffizielle Verteufelung der Atomenergie. Die Erklärung der Parteiprominenz wirkt deshalb geradezu befreiend.

Seit der Niederlage der Gegner einer Zusammenarbeit im Bundesrat hängt die Frage in der Luft, wie lange dieser interne Parteikonflikt noch andauern wird, den zu verkleistern man sich vergeblich bemüht. In Kantonen und Gemeinden häufen sich die Fälle der Anfeindung bewährter Amtsträger. Welches sind die Gründe der doktrinären Haltung zur Zeit noch massgeblicher Intellektueller in der SP? Ist es die Furcht vor den Grünen im weitesten Sinne, vor den zahlreichen "Bewegungen", seien es solche der auflüpfischen Jugend, der Armeegegner, der Umweltschützer, der Ant-Vivisektionsanhänger? Sollen die Basler Genossen, die mit ihrer verkrampten Haltung gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Parolen von den Nationalräten Alexander Euler und Helmut Hubacher empfangen, in der ganzen Partei und Fraktion den Ton angeben?

Wer die Geschichte der SP kennt, die den grossen öffentlichen Werken im Zeitalter der Industrialisierung stets positiv gegenüberstand, sofern mit dem gemeinschaftlichen Charakter die soziale Komponente zu ihrem Recht kam, nämlich der Verstaatlichung der Bahnen, dem Nationalstrassenbau und der Elektrizitätswirtschaft, in deren gemischtwirtschaftlichen Verwaltungen die SP-Regierungs- und -Gemeinderäte städtischer Zentren immer aktiv tätig waren, musste sich die

Augen reiben über die starre Haltung, die die Parteiinstanzen in dieser wichtigen energiepolitischen Frage einnahmen. Wir erinnern uns an die Zähigkeit, mit der Robert Grimm als bernischer Grossrat und später als Regierungsrat für eine angemessene Vertretung seiner Partei in den Bernischen Kraftwerken und ihren Tochterunternehmungen eintrat. Diese Tradition haben seine Nachfolger bis zu dem jüngst verstorbenen Regierungsrat Henri Sommer, der mit grossem persönlichem Mut im Kantonsparlament gegen eine verbissene Opposition von Kernkraftwerkgegnern für das Projekt Graben kämpfte, fortgesetzt.

Das Parteivolk dürfte nach der Erklärung der Dreissig begreifen, dass Leute, die in das wirtschaftliche und technische Geschehen Einblick haben und an der Spitze grosser Regiebetriebe stehen, die im Gange befindliche sinnlose Opposition gegen die Kernkraftwerke nicht stillschweigend geschehen lassen können. Es war unschwer vorauszusehen, dass die festgefahrenen Parteiinstanzen erklären würden, die Unterzeichner der Erklärung seien opportunistische Konformisten, die dank ihrer Stellung nun zum Establishment gehörten und sich nicht mehr frei äussern könnten. Die jüngste Erklärung der SPS-Geschäftsleitung entbehrt allerdings jeder Stichhaltigkeit, denn diese Persönlichkeiten erfreuen sich in unserem Rechtsstaat einer absoluten Meinungsfreiheit, auch gegenüber jeder Parteiparole, die einem Diktat gleichkommt.

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Soll der Bund jedem Schweizer den Stromschalter bedienen?

Volksinitiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" will Bevormundung aller Energiekonsumenten / Mehr Bürokratie und weniger Lebensstandard wären die Folge

(E.M.) Mit der sogenannten Atom-Initiative und der dazugehörigen Energie-Initiative wird den Stimmbürgern am 23. September 1984 ein verhängnisvolles Zwillingsspaar zur Beurteilung vorgelegt. Kurz gesagt: Die erste Initiative links-grüner Herkunft will den Bau neuer und den Ersatz der fünf bestehenden Kernkraftwerke verhindern, und damit niemand die dadurch unvermeidliche Versorgungsstörung fürchte, wird mit einer zweiten Initiative einfach vom Bund eine "sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" verlangt.

Wie diese Versorgungssicherheit ohne Kernkraftwerke möglich werden soll, das bleibt weitgehend das Geheimnis der Initianten mit ihren Utopien. Umso deutlicher zeichnen sie das Bild eines Staates, der in letzter Konsequenz sozusagen jedem Schweizer den Stromschalter nach amtlichem Gutdünken bedienen können soll. "Zu einseitig und zu dirigistisch", so fand der Bundesrat selber, sei die Absicht, mit einer zweckgebundenen Energiesteuer Mittel einzutreiben, um dann ein ganzes Bündel von Verbrauchs- und Lebenshaltungsvorschriften zu erlassen und gewisse Energiekonsumformen gar noch zu subventionieren. In den Erläuterungen zum Urnengang sagt der Bundesrat: "Die starren Vorschriften der Initiative gehen zu weit. Sie schränken unser Leben zu stark ein und gefährden die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Die Initiative bringt im übrigen für unsere Umwelt kaum mehr, als was Bund und Kantone aufgrund der bestehenden Verfassung bereits tun können."

Fazit: Der Titel der Initiative ist eine Irreführung, den Stimmbürgern werden "Tatsachen" vorgegaukelt, die dem Reich der Träumereien entnommen sind. Eine Flut neuer Vorschriften und Verordnungen müsste im Bundeshaus aufgrund der allumfassenden Kompetenzen erlassen und natürlich auch deren Einhaltung kontrolliert

werden. Jetzt schon ist die Rede beispielsweise von Bundesanweisungen über die "Wärmedämmung bei Neubauten und bewilligungspflichtigen Umbauten und Renovationen" oder auch über die "wärmetechnische Beurteilung von Mietobjekten". Da bleibt kein Raum mehr für die sehr viel wirksamere Eigeninitiative. Welcher Hausbesitzer und Wohnungsvermieter hat heute ein Interesse daran, dass möglichst viel Heizwärme durch schlecht isolierte Aussenwände abgeht? Mit überrissenen Nebenkosten ist doch niemand mehr konkurrenzfähig auf dem Wohnungsmarkt. Darum werden seit der ersten "Erdölkrise" vom Herbst 1973 in der ganzen Schweiz in Wohnsiedlungen und Einfamilienhäusern laufend jene energiesparenden Sanierungen vorgenommen, welche die Initianten des überholten Begehrens nun als ihre Ideen verkaufen. Mehr als ein Heer von Funktionären, das auf allen Baustellen und in sämtlichen Wohnungen herumzuschnüffeln hätte, können sie in Tat und Wahrheit aber gar nicht anbieten.

Fragwürdig in höchstem Masse ist schliesslich der Versuch, solche Bundeseingriffe auch noch mit einer saftigen Energiesteuer zu Lasten der Energieverbraucher zu finanzieren. Eine Lenkungssteuer müsse das werden, schwärmen die Initianten dem Volk vor, eine so schmerzhafteste Abgabe also, dass die Verwendung gewisser Maschinen, Geräte und auch Fahrzeuge nahezu unerschwinglich teuer und mithin massiv rückläufig würde. Mehrere Milliarden Franken kämen so in Bern zusammen - Geld, mit dem für einmal niemand recht wüsste, wie es wieder unter die Leute gebracht werden könnte. Die Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption hat errechnet, dass bei einer Energiesteuer von 11 % etwa 800 bis 1500 Beamte nötig wären um die Mittel einzutreiben und wieder auszugeben. Für den Energiegrundbedarf locken die Initianten mit Steuerfreiheit. Doch auch das ist ein ungeniessbarer Köder. Eine einheitliche Zuteilung für jedermann würde nämlich den völlig unterschiedlichen Bedürfnissen nie gerecht, und eine individuelle Energiegrundzuteilung mit anschließender Ueberwachung wäre eine [selbst mit polizeistaatlichen Mitteln] kaum zu bewältigende Administrationsaufgabe. "Die von der Initiative vorgeschriebene Verwendung dieser Steuergelder führt zu Giesskannensubventionen und kann auch wenig sinnvolle Ausgaben verursachen." Besser als mit diesem Satz des Bundesrates ist das NEIN zur Energie-Initiative vom 23. September eigentlich fast nicht zu begründen: Das "Volksbegehren" nützt dem Schweizervolk nichts.

Kernenergie und Landesverteidigung

Die Befürworter der am 23. September zur Abstimmung gelangenden Atom- und Energieinitiativen schrecken vor nichts mehr zurück. Nicht nur greifen sie zum Mittel der persönlichen Diffamierung, ja zur Gewalt, sondern jedes Argument ist ihnen recht, um ihren etatistischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. Nachdem sie die Marktwirtschaft oder die Medizin für ihre Anliegen eingesetzt - besser wäre "missbraucht" - haben, kommt nun auch noch die Landesverteidigung hinzu. Nationalrat Gilles Petitpierre, ansonsten ein intelligenter Politiker, der zu differenzieren weiss und dessen juristische Kenntnisse in parlamentarischen Debatten schon manchmal weitergeholfen haben, behauptet allen Ernstes, die schweizerische Landesverteidigung könnte durch die Kernenergie gefährdet werden.

Dieser verfänglichen Hypothese muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Es ist nicht zu bestreiten, dass in einem Krieg der Feind auch schweizerische Kernkraftwerke bombardieren könnte. Aber was würde ihm dies nützen, wenn er dafür Atomwaffen einsetzen würde? Der Effekt wäre doch der, dass die Atombombe noch mehr Radioaktivität freisetzen würde als das Kernkraftwerk. Das Ergebnis wäre also höchstens eine Verdoppelung der schädlichen Menge, und das verseuchte Gebiet würde auch dem Feind keine Vorteile bieten. Die Wahrscheinlichkeit einer Zerstörung eines KKW mit Atomwaffen wäre also gering zu veranschlagen, was schon der frühere Generalstabschef Hans Senn erkannt hatte.

Bleibt noch der Versuch der Zerstörung mittels konventioneller Waffen. Gemäss Petitpierre würde diese bereits genügen. Zu solch falschen Angaben seien hier einige Präzisierungen angeführt. Die Anlagen in Gösgen und Leibstadt wären laut Informationen der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie auch mit einem Volltreffer nicht zu beschädigen. Gefährdeter wäre Beznau, und ein Volltreffer mit einem panzerbrechenden Geschoss könnte in Mühleberg Schäden anrichten. Unter solchen Voraussetzungen würde der Bundesrat im Kriegsfall zuerst zweifelsohne das KKW Mühleberg stilllegen. Die anderen Anlagen könnten je nach Situation im Betrieb bleiben.

Die Behauptung Petitpierres trifft also nicht zu, wonach die KKW just dann abgestellt werden müssten, wenn auch die Erdölversorgung gefährdet wäre und sie daher am dringlichsten gebraucht würden. Ganz abgesehen davon, wären im Kriege ja auch die meisten anderen Energieformen Einschränkungen unterworfen, allen voran die Wasserkraftwerke. Die Stauseen müssten

abgesenkt werden, um der Gefahr der Ueberflutung zu begegnen. Auch Sonnen-Kraftwerke würden vom Feind sehr leicht zu zerstören sein; da müsste er nicht einmal Bomben brauchen, sondern Gewehrkugeln würden genügen.

Man sieht: Mit Landesverteidigung ist leicht Stimmung zu machen - vor allem im bürgerlichen Lager. Aber die vermeintliche Gefährdung der Landesverteidigung durch die Kernenergie entpuppt sich bei näherer Ueberprüfung nicht als ein "bürgerliches Argument", sondern als ein demagogisches Manöver im Kampf um Stimmenanteile. Hoffentlich fällt der Bürger nicht auf solche plumpe Tricks herein.

Paul Ehinger

5.9.84/XI

Atom- und Energieinitiative:

BEI DER SACHE BLEIBEN!

Was zu befürchten war, ist eingetroffen. Jetzt wird im Abstimmungskampf um die beiden masslose Atom- und Energieinitiativen selbst noch der liebe Gott bemüht. Was den Verantwortlichen unserer Elektrizitätsversorgung von den Initianten verübelt wird, nämlich eine Stellungnahme zu den beiden Volksbegehren, ist offensichtlich den Pfarrherren aus Baselland recht und billig. Nach dem Berner Pfarrer Kurt Marti, welcher der Atomtechnik den Segen Gottes abspricht, wenden sich die Pfarrer aus Baselland mit einem Brief im "Kirchenblatt für die reformierte Schweiz" an ihre Mitbürger und Mitschwestern, um gegen Kaiseraugst und für die beiden Energieinitiativen zu werben. Der Bau weiterer Atomkraftwerke in der Schweiz sei nicht zu verantworten. "Wir bitten alles zu tun, damit nicht Unzumutbares Gesetzeskraft erhält, und sollte das trotzdem eintreten, so würde das das ethische Dilemma noch verschärfen. Wir werden dann unsere Verantwortung erneut prüfen und die entsprechenden Folgerungen ziehen", heisst es da drohend, sybillinisch und prophetisch. Als ob mit der Ablehnung der beiden Initiativen etwas Neues Gesetzeskraft erhalten würde! Gerade das Gegenteil ist der Fall. Nur die Annahme der beiden Initiativen würden eine wahre Flut neuer Gesetzesparagrafen, Verbote und Gebote nach sich ziehen und anstelle von Strom einen gefährlichen Energieengpass bringen.

Und was ist damit gemeint mit der Drohung "sollte dies trotzdem eintreten, so müsse man die Verantwortung erneut prüfen und die entsprechenden Folgerungen ziehen"? Diese wurden von andern Initianten und Befürwortern der beiden Initiativen klar mit Widerstand und Illegalität umrissen, so von der "Nationalen Koordination der Anti-Atomkomitees" und von Frau Ursula Koch, der Vizepräsidentin des Initiativkomitees. Sie drückte sich weniger sybellinisch aus, als sie vor der Fernsehkamera ausrief: "Es wird für mich die Situation kommen, in der ich ganz klar gegenüber dem Staat und seinen Gesetzen Gewalt anwenden werde!"

Eines muss man den Baselbieter Pfarrherren lassen, sie passen sich der Verwirr-Kampagne der blindgläubigen Kernenergiegegner bestens an. Auch diese versuchen in letzter Stunde von ihren wirklichen Zielen abzulenken, den Bürgern ein X für ein U vorzumachen. Dabei werden Argumente ins Gegenteil verkehrt. So zaubern sie aus dem von ihnen heraufbeschworenen Energiemangel "zehntausende von Arbeitsplätzen", aus den immissionsreichen Wärme-Kraft-Kopplungen gesunde Wälder, schieben den sauberen AKWs den Schwarze Peter der Umweltverschmutzung zu und verschweigen gefliessentlich, dass nicht nur der Stromkonsument sondern auch die Mieter und die Automobilisten gerupft werden sollen.

Es wird nun langsam Zeit, dem Schweizervolk jene Fragen vorzulegen, die am 23. September wirklich zu beantworten sind: Wollt Ihr tatsächlich Strommangel und Stromrationierung, neue Sondersteuern auf allen Energieträgern, Energieengpässe und eine Energiepolizei, die überprüft, ob der "Grundbedarf" nicht überzogen wird. Wollt Ihr Arbeitsplätze mutwillig gefährden, ausgerechnet die sauberste Energiequelle für alle Zeiten verdammen, die Wälder Illusionen zuliebe sterben lassen? Wollt Ihr wirklich Eure Verantwortung im Energiekonsum St. Bürokratius und einem aufgeblähten Kontrollapparat überlassen?

Wer nur zu einer dieser Frage Nein sagen muss, sollte auch am 23. September zweimal Nein sagen auf seinem Abstimmungsstimmzettel. Dagegen sollte er sich nicht länger verunsichern lassen von der aufwendigen Propaganda der Initianten, die selbst der Gewerkschaftsbund-Sekretär Benno Hardmeier als "Bauernfängerrei" bezeichnete.

Anton Stadelmann

Strom ist lebenswichtig -- auch jener aus Kernkraftwerken

Die Energie-Initiativen (be)treffen jedermann

Würde am 23. September die Atom-Initiative angenommen, müsste die Schweiz ungefähr ab dem Jahr 2015 ohne jene 40 Prozent Strom auskommen, die dannzumal in Kernkraftwerken produziert werden wird. Ob und wie diese Stromlücke geschlossen werden kann, ist unklar. Sicher ist lediglich, dass nicht nur die Wirtschaft als Ganzes, sondern jeder Einzelne von den zu erwartenden Massnahmen betroffen wäre. Ob die Vorschriften und Verbote der Energie-Initiative allein genügen würden, ist ungewiss.

Die Initianten der Atom- und Energie-Initiativen machen sich die Sache einfach: die Kernkraftwerke können ihrer Meinung nach problemlos mit Sparmassnahmen, durch eine Verbesserung der Wasserkraftwerke sowie durch Müllverbrennungs-, Wärme-Kraft-Koppelungs- und Sonnenenergie-Anlagen ersetzt werden. Doch ob überhaupt jemand bereit ist, solche Anlagen zu bauen und zu finanzieren, wissen die Initianten nicht, und ob solche Anlagen kostengünstigeren Strom produzieren auch nicht. Notfalls hätte der Staat wohl einfach Zwang auszuüben und der Bürger die Sache mit entsprechend hohen Steuern zu berappen.

Gefahr für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Wird die schweizerische Wirtschaft zu unverhältnismässigen Energieinvestitionen gezwungen, werden Spezialtarife für Grossverbraucher verbotten oder kommt es gar zu einer Kontingentierung beziehungsweise Rationierung des Stromverbrauchs -- was der Fall sein könnte, wenn die mit der Energie-Initiative vorgeschlagenen Massnahmen die entstehende Stromlücke nicht ausreichend zu füllen vermöchten --, dann müsste dies schwerwiegende Folgen haben. Die Konkurrenzfähigkeit namentlich unserer Exportindustrie würde beeinträchtigt, möglicherweise müssten Betriebe ganz oder teilweise geschlossen werden, gingen Arbeitsplätze in grossem Umfange verloren. Jede dritte Kilowattstunde Strom wird heute in der Industrie, im Dienstleistungssektor oder im Gewerbe verbraucht, die zusammen gegen drei Millionen Menschen oder über 90 Prozent aller in der Schweiz Arbeitenden beschäftigen. Die Elektrizität spielt praktisch in allen Branchen eine entscheidende Rolle; so produziert die Metallindustrie 80 Prozent mit Strom, in der Maschinen- und Textilindustrie sind es 40 Prozent und in der Papier- und Chemiebranche 30 Prozent.

Einschränkungen im Privaten

Aber auch im privaten Bereich hätte eine Annahme der Atom- und der Energie-Initiative einschneidende Folgen. Während der Bund jetzt mit bereits recht weitgehenden Vorschriften im Bereiche der Haustechnik (Wärmedämmung, Heizanlagen) 20 Prozent Oel einsparen möchte, fordern die Initianten Einsparungen von bis zu 50 Prozent, wobei sie die dazu notwendigen Massnahmen erst noch subventionieren möchten, was nicht nur entsprechende Steuern, sondern auch einen gehörigen Beamtensapparat erfordert. Die Bürger und Mieter müssten also bezahlen, wovon zunächst einmal vor allem die Hausbesitzer profitieren würden.

Gefordert wird aber auch ein weitgehender Verzicht auf Elektroheizungen und Klimaanlage sowie der Ersatz von älteren Elektro-Haushaltgeräten durch neue. Ob bei den Elektrogeräten tatsächlich noch viel herauszuholen ist, nachdem ihr Stromverbrauch seit 1970 um bis zu 80 Prozent gesenkt werden konnte, ist fraglich.

Im Bereiche des Verkehrs könnten bei einer Annahme der Energie-Initiative Tempo 80/100 (oder auch weniger) zum Dauerzustand gemacht, der Verkauf gewisser Automodelle verboten und die Eisenbahn massiv subventioniert werden.

Noch weit verheerender könnte es sein, wenn der Strom in Spitälern, in Wasserversorgungs- und Kläranlagen oder auch nur schon in privaten Haushaltungen kontingentiert oder zeitweise abgestellt werden müsste. Da wäre dann der vorübergehende Verzicht auf den Lift, den Fernseher oder den Mixer noch das Harmloseste. Schon weniger gemütlich ist der Gedanke daran, dass ja auch die Brenner von Oel- und Gasheizungen oder die Tiefkühltruhen (auch jene in den Einkaufsläden) elektrisch betrieben werden.

Das Risiko einer Stromlücke ist ganz einfach in jeder Beziehung zu gross, der Strom zu wichtig für alle Lebensbereiche und für unsere ganze Volkswirtschaft, als dass wir es bewusst in Kauf nehmen könnten. Deshalb sind die Atom- und die Energie-Initiative mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Alois Stehrenberger